



Bertram Hörburger (l.) und Andreas Wasserer (r.) im Gespräch mit Zoran und Nada, die anonym bleiben möchten.

FOTOS: MK

Ein neues Bad für Zoran

Altacher Installateure bauen kostenlos das Bad für schwerbehinderten Mann um.

HEIDI RINKE-JAROSCH
E-Mail: heidi.rinke-jarosch@vorarlbergernachrichten.at
Telefon: 05572/501-190

DORNBIRN. Es geht ihm gar nicht gut. Das Gehen fällt ihm schwer. Sprechen ist mühsam geworden. Die Stimmung schwankt von einer Sekunde auf die andere. Soeben lachte Zoran R. (Name geändert) noch, als er das Foto seiner achtjährigen Tochter gezeigt und stolz erklärt hat: „Sie ist in der Schule. Sie ist ganz gesund.“ Jetzt weint er und hadert mit dem Schicksal. „Ist das ein Leben?“, fragt Zoran und schüttelt schluchzend den Kopf.

Schlechter Zustand

Eine neurologische Erkrankung hat zu den schweren Behinderungen geführt, mit denen der 31-Jährige zurechtkommen muss. Er lebt mit seiner Tochter bei seinen Eltern in einem Einfamilienhaus in Dornbirn. Das Gebäude ist in ziemlich schlechtem Zustand und vom Fundament bis zum Dach renovierungsbedürftig. Am dringendsten ist jedoch der Umbau des Bades. Zoran kann es nämlich aufgrund seines körperlichen Zustands nicht mehr benutzen. Doch

für den Umbau fehlt das nötige Geld. Zorans Eltern, einst Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien, beziehen kleine Renten. Damit kommt die Familie äußerst knapp über die Runden.

Sinnvoll helfen

Andreas Wasserer, Geschäftsführer des sozialen Unternehmens „EsMachtSinn“ erfuhr von der schwierigen Lage der Familie R. und erzählte davon Bertram und Simon Hörburger - die Eigentümer des Altacher Unternehmens Hörburger Sanitär-, Heizungs-, Luft- und Klimatechnik. Sofort erklärten sich die Brüder bereit, das Bad Zorans Bedürfnissen entsprechend umzubauen. Gratis.

„Wir leisten keine Geldspenden, sondern direkte Hilfe“, erklärt Bertram Hör-

burger. Er ist soeben gekommen, um sich über den Baufortschritt zu erkundigen. „Der soziale Aspekt hat in unserem Betrieb hohen Stellenwert.“ Das Motiv ist „Empathie für Menschen, denen es weniger gut geht als uns“. Bertram Hörburger freut besonders, dass seine Mitarbeiter dabei mitmachen: „Sie arbeiten gratis an diesem Umbau. Und das mit großer Freude.“

Zu allererst musste der Türstock vergrößert werden. „Er war zu niedrig und viel zu eng, sodass Zoran mit dem Rollstuhl nicht durchfahren konnte“, erklärt Hörburger. Heute wird die Badewanne entfernt und die Dusche eingebaut. Fertiggestellt soll das Bad in drei Tagen sein.

„Das neue Bad ist eine große Erleichterung“, sagt Zo-

rans Mutter Nada R. (Name geändert) dankbar, die dem Schwerkranken bei der Körperpflege behilflich ist. Allein schafft er es schon lange nicht mehr. Es sei immer schwieriger geworden, Zoran in die Badewanne zu bringen, berichtet Nada.

Das Leben verschönern

Zoran dankt Bertram Hörburger immer wieder für die großzügige Unterstützung. Doch wegen des abrupten Stimmungswechsels aufgrund seiner Erkrankung wird er auf einmal wieder von einem Anfall von Verzweiflung überwältigt. „Was bedeutet schon ein Bad, wenn man kein richtiges Leben hat?“, fragt er resignierend. Worauf Bertram Hörburger antwortet: „Es macht das Leben, das man hat, schöner.“



Mitarbeiter der Firma Hörburger arbeiten gratis mit.



Die Erneuerung des Bades ist dringend nötig geworden. Das alte konnte Zoran nicht mehr benutzen.

Müllprobleme erhitzen die Gemüter

Zahlreiche Schwierigkeiten mit der Müll-Entsorgung werden im Bürgerforum diskutiert.

SCHWARZACH. (VN-stm) Die Vorarlberger lieben es aufgeräumt und sauber. Umso größer der Ärger, wenn sich im öffentlichen Raum Schmutz und Unordnung durch Unachtsamkeit oder Fahrlässigkeit verbreiten können, wie ein Blick ins Bürgerforum zeigt.

Ein Fest für die Ratten

„Der Gerbebach wird leider permanent von Anrainern als Müllentsorgung für Haus und Gartenabfälle verwendet“, schreibt Marlis Wildauer aus Hard. Sie berichtet unter anderem von Karottenschalen, Orangenschalen, Eierschalen und sogar Knochen und Zigaretten, die den Bach ver-

schmutzen. Wildauer macht sich nicht nur um das Ortsbild Gedanken - es „freuen sich auch die Ratten“.

Johann Hödl meldet Verunreinigungen durch Abfälle beim Lkw-Parkplatz in Feldkirch-Tisis an der Grenze zu Liechtenstein: „Anscheinend ist auf diesem Parkplatz kein

Behältnis für die Entsorgung von Abfällen der dort wartenden Lkws vorhanden“, so Hödl. „Teilweise wird der Müll einfach über die Lärmschutzwand geworfen.“

Margarete Laschalt stört sich indes an den vielen vollen Säcken Hundekot auf dem Schüttenacker in Feldkirch-Nofels. Wobei sie die Schuld nicht bei den Hundebesitzern sieht: „Es scheint, als ob die Menschen den Mist beim Gassigehen wohl aufnehmen, dann aber keinen Platz zum Entsorgen finden.“ Laschalt fordert entsprechende Mülleimer.

Satteins reagiert prompt

Unmut erzeugen mitunter auch Müllsäcke. „Für fast 5 Euro das Stück Gemeindegemüllsack hätte ich gerne einen, der nicht gleich einreißt, wenn man ihn schief

anschaut“, schreibt Dieter Hochsteiner aus Satteins.

Dino Ferrari von der Gemeinde Satteins antwortet prompt. „Die Qualität der Restmüllsäcke hat in den letzten Jahren tatsächlich nachgelassen.“ Schon oft habe man deswegen bei der zuständigen Firma reklamiert. „Mittlerweile gibt es neue, wesentlich stärkere Säcke. Wir haben diese selbst getestet und konnten eine wesentliche Verbesserung feststellen.“ Die 40-Liter-Säcke seien bereits im Umlauf, die neuen 60-Liter-Säcke folgen, sobald der vorhandene Restbestand aufgebraucht sei.

Laden Sie die kostenlose Bürgerforum-Vorarlberg-App herunter und machen Sie mit. Durch das Scannen des QR-Codes gelangen Sie direkt in Ihren App-Store.



Gastkommentar

Jürgen Weiss



Eiszeit

Letzte Woche mussten die Regierungsparteien im Nationalrat erstmals in dieser Gesetzgebungsperiode auf einen Gesetzesbeschluss verzichten, weil ihnen die für eine Verfassungsänderung erforderlichen Stimmen fehlten. Bereits im Vorjahr scheiterte die Verankerung eines Spekulationsverbots an der fehlenden Bereitschaft der Opposition, zu einer Zweidrittelmehrheit beizutragen.

Dabei war der Anlass diesmal weder sachlich noch parteipolitisch umstritten. Mit Zustimmung des Landes wurden in Oberösterreich die Bezirksgerichte Enns und Steyr zusammengelegt. Weil sie aber in unterschiedlichen Verwaltungsbezirken liegen, fehlt dafür bisher eine einwandfreie Rechtsgrundlage und die sollte nun mit einer einfachen Verfassungsänderung geschaffen werden. Nichts zu tun hat das mit der umstrittenen Absicht der Bundesregierung, Bezirksgerichte auch gegen den Willen des Landes auflösen zu können. Man würde also auf den ersten Blick meinen, dass es für ein Veto der Oppositionsparteien

eigentlich keinen sachlichen Grund gibt. Sehr wohl gibt es aber einen politischen Grund.

Das ist der Opposition schon lange ein Dorn im Auge. Dass ein Untersuchungsausschuss des Nationalrats nur dann eingesetzt werden kann, wenn die Regierungsparteien (die eigentlich kontrolliert werden sollten) zustimmen, ist der Opposition schon lange ein Dorn im Auge. Bestärkt werden sie durch ihre Erfahrung, dass die Mehrheit auch über alle Verfahrensschritte und somit auch darüber entscheidet, was man alles wissen will und wie man es bewertet. Daher haben die Oppositionsparteien im August 2009 ihre notwendige Zustimmung zum Bankenrettungspaket von einer Zusage abhängig gemacht, dass wie in Deutschland auch in Österreich Untersuchungsausschüsse ein Minderheitenrecht werden. Eine solche Vereinbarung wurde zwar unterschrieben, aber bald wieder auf Eis gelegt. Das rächt sich jetzt. Solange die über vier Jahre alte Zusage nicht eingelöst wird, haben die Oppositionsparteien eine Eiszeit ausgerufen, wenn die Regierungsparteien bei Verfassungsgesetzen ihre Zustimmung brauchen.

Es ist zwar richtig, dass die derzeitigen Regeln für Untersuchungsausschüsse missbrauchsanfällig sind und verbessert werden sollten. Dafür wären allerdings vier Jahre zur Verfügung gestanden. Und selbst wenn ein aktionistischer Missbrauch eines Untersuchungsausschusses zur Hypo-Alpen-Adria für die Regierungsparteien ungerecht schädlich geworden wäre: Die derzeitige Hinhaltenaktik und der bei wesentlich mehr Leuten als den über 100.000 Unterzeichnenden entstandene Eindruck des Abdrehens schaden mit Sicherheit mehr.

Jürgen Weiss vertrat das Land als Mitglied des Bundesrates zwanzig Jahre lang in Wien und gehörte von 1991 bis 1994 der Bundesregierung an. Die VN geben Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äußern. Sie muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

» SERVICE. Das aktuelle Recht

Explosives Produkt

Eine Angestellte eines Gastgewerbebetriebes gab die vorgeschriebene Menge eines Abflussreinigers in den Ausguss. Als sie Wasser dazuschüttete, explodierte das Knallgas, wodurch sie Verletzungen erlitt.

Eine Zündquelle wie z. B. Rauchen oder eine elektrostatische Entladung kann dazu führen, dass dieses Gemisch entzündet wird und explodiert. Da ein entsprechender Hinweis auf die Bildung von leicht entzündlichen Gasen bei der Anwendung sowohl am Etikett, als auch im Sicherheitsdatenblatt fehlte, wurde der Produzent bzw. Verkäufer des Abflussreinigers dazu verurteilt, insbesondere Schmerzgeld zu bezahlen.

Gefährliches Produkt

Die Kennzeichnung des Produktes war mangelhaft. Abflussreiniger zählen zu den unfallträchtigsten Haushaltsartikeln, die am Markt sind. Nur wenn Hinweise auf Ge-

fährungsquellen erfolgen, wird der jeweilige Nutzer entsprechend vorsichtig mit dem Abflussreiniger umgehen und dadurch in die Lage versetzt, Unfälle zu vermeiden. Letztendlich wurde der verletzten Anwenderin des Abflussreinigers Schmerzgeld zugesprochen, da der Unternehmer haftet, der ein Produkt herstellt bzw. in den Verkehr setzt und durch den Fehler des Produkts ein Mensch am Körper verletzt wird. Bei Instruktionsfehlern macht die unzureichende Darbietung des Produktes fehlerhaft. Der Hersteller bzw. der, der das Produkt in den Verkehr gebracht hat, hat daher nicht in ausreichendem Umfang, weder am Etikett noch im Sicherheitsdatenblatt, auf die besondere Gefährlichkeit hingewiesen.

Der Hersteller hätte darauf hinweisen müssen, dass das Gas-Luftgemisch, das aus dem Rohr aufsteigt, hochexplosiv ist und unter Zugrundelegung einer Zündquelle eine Explosion herbeiführen kann.

Dr. Eva Schneider,
Rechtsanwältin in Bludenz